

FORUM

Volkswille wird nicht respektiert

«Ausschaffung: SVP und Experten blockieren die Umsetzung», 29. Juni

Das Schweizer Volk hat in der Abstimmung betreffend der Ausschaffung krimineller Ausländer mit fast 53 Prozent Ja gesagt. Der Kanton Obwalden hat übrigens bei dieser Abstimmung, welche nur von der SVP unterstützt wurde und von allen anderen Parteien abgelehnt wurde, mit über 60 Prozent Ja gesagt. Ich kann mich gut erinnern, als man die SVP ins Gebet nahm und Varianten und Vorschläge forderte. Nun hat die SVP Vorschläge entsprechend der Initiative gemacht. Alle anderen und nicht die SVP blockieren die Umsetzung dieser Initiative! Der Volkswille wird mit Füssen getreten.

SUSANN SCHMID ALPNACH DORF

Ausweisung statt Fussfesseln?

«Fussfesseln lösen Probleme nicht», Ausgabe vom 29. Juni

Fussfesseln haben sicher ihre Berechtigung bei der Verurteilung leichter und unproblematischer Vergehen. Aber die überfüllten Gefängnisse mit schweren Verbrechen, Drogenhändlern usw. werden damit nicht entlastet. Statt für solche Gesetzesbrecher aus dem Ausland, die unsere Gastfreundschaft in grober Weise missbrauchen, täglich mit Steuerfranken Millionen zu verschwenden, hilft nur die sofortige und unabdingbare Ausweisung. Diese Sorte von ausländischen Ferientechnikern muss sich bewusst sein, dass in der Schweiz für sie kein Platz vorhanden ist, und dies ungeachtet dessen, was sie in ihrem Heimatland zu erwarten haben.

PAUL HELFENSTEIN, EMMEN

Es geht nicht nur ums liebe Geld

«Die Oldtimer-Szene wird jünger», Ausgabe vom 4. Juli

Warum dreht sich in unserer geliebten Oldtimer-Szene alles immer nur ums Geld? Ich sehe die Oldtimerei anders. Meine Fahrzeuge habe ich vor mehr als 30 Jahren gekauft und unheimlich viel damit erlebt. In ungezählten Stunden werden die Wagen von mir selbst gewartet und gepflegt. Durch dieses Hobby habe ich mir viele mechanische Kenntnisse angeeignet. Immer gibt es wieder irgendein Problem zu lösen, welches mich die Sorgen des Alltags vergessen lässt. Und wenn man nicht mehr weiterkommt, gibt es noch viele gute Freunde. Da wird dann bei uns bestimmt über anderes gesprochen als über Millionen und Milliarden!

STEPHAN ELMIGER, SURSEE



Reich gedeckter Futtertisch

«Sehet die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, ...» (Matthäus, 6, 26). Und doch hat dieses Rotschwänzchen genug zu essen.

Leserbrief Peter Loup, Obbürgen

«Tiefbahnhof Luzern: Ein Baubeginn im Jahr 2017 ist völlig realitätsfremd»

«Tiefbahnhof: Baubeginn soll 2017 sein», Ausgabe vom 5. Juli

Dem Komitee ist offenbar nicht bekannt: Im ÖV-Bericht des Verkehrsverbands Luzern steht das Jahr 2030 für den Tiefbahnhof. Angesichts der knappen Bundesmittel für die Bahn ist selbst dies noch sehr optimistisch. Die 1. Tranche Bahn 2030 reicht bis 2025. Darin ist der Tiefbahnhof mit Sicherheit nicht enthalten. Ein Baubeginn 2017 ist deshalb völlig realitätsfremd.

Gemäss dem Bericht Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) kostet der Tiefbahnhof zwischen 1,30 und 1,83 Milliarden Franken. Die Kantone LU/OW/NW müssen etwa die Hälfte der Kosten von etwa 1,5 Milliar-

den Franken bezahlen, weil eine Hälfte des Projekts dem Fern- und die andere dem Regional-/S-Bahn-Verkehr dient, analog zur Doppelspur Rotsee im Rahmen des Infrastrukturfonds. Der Direktor des Bundesamtes für Verkehr (BAV) nannte 700 Millionen Franken, die für einen Tiefbahnhof mitzufinanzieren wären. Das mit dem Drittel ist eine Mär, weil es auf dem Sündenfall Durchmesserlinie Zürich beruht, wo die SBB aus der Kasse Leistungsvereinbarung zahlte, was von Bund und Kantonen zu Recht heftig kritisiert wurde.

Der Tiefbahnhof figuriert in Fabi in der 2. Dringlichkeitsstufe, in der 1. Stufe ist das bisherige Konzept mit Doppelspur Rotsee und Bahnhofzufahrt ab Fluhmühle für 600 Millionen Franken enthalten. Der Planungshorizont Fabi

ist 2040. Die bürgerliche Mehrheit der Regierung und des Kantonsrats Luzern weigern sich nach wie vor, über einen von der SP und den Grünen mehrfach geforderten Fonds verbindlich und deshalb mit Signalwirkung nach Bern den Beitrag des Kantons an einen Tiefbahnhof zu sichern. Letztmals wurde ein Vorstoss der SP-Fraktion Anfang Jahr abgelehnt, mit der Begründung, man müsse zuerst die genauen Kosten kennen.

Übrigens stellt sich die Frage: Was tun der Kanton, die Stadt und die Agglomerationsgemeinden Luzern in den nächsten 20 Jahren zur Minderung des Verkehrsproblems?

HUGO FESSLER, DIPL. VERKEHRSSING. ETH/SVI, PRÄSIDENT VCS LUZERN, LUZERN

Pauschalsteuern gegen Rechtsgleichheit

«Abschaffung oder Kompromiss?», Ausgabe vom 1. Juli

Auch wenn der Bund die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer etwas erhöhen und der Besteuerung ein Minimaleinkommen von 400 000 Franken zu Grunde legen will, so widerspricht diese Sonderbehandlung auch weiterhin dem Grundsatz der Rechtsgleichheit. Der Vorschlag des Bundesrates reicht nicht aus, um einen Kompromiss zwischen Abschaffung und Beibehaltung der Pauschalbe-

steuerung zu erreichen. Vor allem fehlt die Verpflichtung der Kantone, die Ansätze des Bundes auch für sich und die Gemeinden verbindlich zu übernehmen. Deshalb besteht auch weiterhin die grosse Gefahr der Abwanderung Pauschalbesteuerte in andere Kantone, sobald der bisherige Wohnsitzkanton die Steuer erhöht oder abschafft. Wenn 92 von 201 pauschalbesteuerten Ausländern aus dem Kanton Zürich weggezogen sind, weil dort die Stimmbürger diese Sonderbehandlung abgeschafft haben, so darf nicht übersehen

werden, dass sie nicht ins Ausland, sondern in andere Kantone ausgewichen sind.

Dieser Unfug muss abgestellt werden. Nachdem der Bund den Kantonen die Pauschalbesteuerung nicht verbieten will und sie so indirekt vor einer Verurteilung durch das Bundesgericht gemäss Art. 8 (Rechtsgleichheit) der Bundesverfassung schützt, so ist er auch berechtigt, im Sinne der Rechtsgleichheit minimale Bedingungen festzulegen.

ADOLF FUCHS, LUZERN

Kampfhelikopter statt Kampfjets kaufen

«Armee soll Flugplätze verkaufen», Ausgabe vom 5. Juli

In gewissen Kreisen wird seit einiger Zeit vehement die sofortige Anschaffung von 22 neuen Kampfjets verlangt als Ersatz für den «F-5 Tiger». Aus finanziellen Gründen hat der Bundesrat dieses Ansinnen vorerst um einige Jahre verschoben. Wir haben aber auch 34 supermoderne «FA/18 Hornet».

Als jahrzehntelanger Privatpilot bin ich der Fliegerei natürlich sehr verbunden. In meiner Tätigkeit als VR-Präsident (heute a. D.) interessieren mich aber auch die finanziellen Aspekte. Die geplante Anschaffung wäre die achte

Generation seit dem letzten Krieg und hat x Milliarden verschlungen. Die neue Anschaffung soll fünf Milliarden kosten, schamvoll verschwiegen werden jedoch die Nebenkosten: Ersatzteile, Unterhalt, Pilotenausbildung, Training, Treibstoff, Unterbringung, Up-dating Kapitalverzinsung (allein ca. 300 Mio. jährlich), zusammen leicht eine Verdoppelung auf 10 Milliarden, was den Jahressteuern von rund einer Million Bürgern entspricht.

Und wozu das alles? In den vergangenen 66 Jahren wurde kein einziger Kampfeinsatz geflogen und wird in Zukunft wohl auch nicht. Luftverteidigung? Gegen wen auch? Polizeiaufgaben: WEF-

Bewachung in Davos? Unsinn. Typisch: Kürzlich verflieg sich ein Frachtflugzeug und verpasste die Luftstrasse Amber 9. Man schickte keine «FA/18», sondern zwei einfache «Pilatus 21», um es zum nächsten Flughafen zu eskortieren.

Anstatt absolut unnötige Kampfjets zu planen, wäre die Anschaffung von einigen (etwa 6 bis 10 wären ausreichend) Kampfhelikoptern (z. B. «Apache») zu prüfen, weil diese viel beweglicher und vielseitiger einsetzbar (z. B. als Abschreckung bei Unruhen, gewalttätigen Demos oder massiven terrestrischen Grenzverletzungen) und erst noch unvergleichbar billiger wären.

EGON CAROTTA, AESCH

Gegen Abbau von IV-Renten

Zur 6. IV-Revision

Die Schweizer Paraplegiker-Stiftung (SPS) lehnt den vom Bundesrat vorgeschlagenen Rentenabbau im Rahmen des zweiten Massnahmenpakets der 6. IV-Revision (IV-Revision 6b) ab. Die Einführung eines neuen stufenlosen Rentensystems darf nicht mit Rentenkürzungen verknüpft werden. Die SPS wehrt sich auch gegen eine Kürzung der Kinderrenten um 25 Prozent.

Wie die vom Bundesrat vorgelegten neuen Zahlen zur Invalidenversicherung zeigen, kann eine ausgeglichene Rechnung der Invalidenversicherung nach Ablauf der IV-Zusatzfinanzierung Ende 2017 mit einer konsequenten Umsetzung der von den eidgenössischen Räten beschlossenen Massnahmen der IV-Revision 6a erreicht werden. Diese können vom Bundesrat bereits im kommenden Jahr in Kraft gesetzt werden.

Im Weiteren verlangt die SPS, dass die nach Ablauf der IV-Zusatzfinanzierung noch verbleibenden Schulden der IV beim AHV-Fonds durch den Bund übernommen werden. Der Schuldenabbau darf nicht zu Lasten der Menschen mit einer Behinderung gehen, die dringend auf die Leistungen der IV angewiesen sind. Diese dürfen nicht für die Fehler einer allzu largen Politik in den Neunzigerjahren verantwortlich gemacht werden.

Die SPS hat bisher sämtliche Vorlagen zur Sanierung der IV mitgetragen und unterstützt, insbesondere die Verfassungsänderung zur IV-Zusatzfinanzierung, die am 27. September 2009 von Volk und Ständen angenommen wurde, aber auch die einschneidenden Sparpakete der 5. IV-Revision und der IV-Revision 6a, die den Akzent auf die Wiedereingliederung legen nach dem Grundsatz: Eingliederung vor Rente.

DANIEL JOGGI, PRÄSIDENT DER SCHWEIZER PARAPLEGIKER-STIFTUNG, NOTTWIL

Links- oder Rechtsradikale?

«Sempach feiert ohne Extremisten», Ausgabe vom 4. Juli

Endlich ohne Krawalle und Störenfriede, endlich fühlt man sich wieder sicher: Verantwortliche und Teilnehmende der zu einem kunterbunten, mittelalterlich geprägten Jahrmarkt treiben umfunktionierten Sempacher Schlachtfelder atmen auf. Wer aber sind diese Störenfriede? Natürlich die so genannten Rechtsradikalen, so der Tenor der Medienwelt.

Wieso prangert man immer nur die rechtsextreme Szene an? Ich frage mich nämlich, ob sich generell nur Rechtsextreme oder eben auch linksradikale Sympathisanten hinter dieser Gruppe verstecken. Denn bekanntlich randalieren linke Chaoten, sie stecken Autos in Brand, schlagen Fensterscheiben ein, greifen Passanten an usw. Aber noch nie wurde eine Veranstaltung deswegen abgeändert. Dass im Fall Sempach auch die Juso zu einer Gegendemonstration aufmarschierten, verlor in diesem Beitrag gar förmlich an Bedeutung.

Wenn zwei dasselbe tun. Die Wogen nach einem Zwischenfall von schonungsvoll genannten Linksautonomen oder Linksaktivisten sind jeweils schnell geglättet. Zur Erinnerung: Vor einiger Zeit wurde ein SVP-Nationalrat auf dem Weg zu einer Veranstaltung von extremen Chaoten brutal verprügelt. Dieses böse Spiel wurde wohl kaum von Rechtsradikalen verübt. In den Mainstreammedien ist dieser Vorfall jedoch längst vergessen.

MARLENE ZELGER, STANS

ADRESSEN Die E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet: forum@luzernerzeitung.ch